



metallforderung

EINE AKTIVE POLITIK FÜR
DIE ZUKUNFT DER INDUSTRIE

Für eine aktive regionale Strukturpolitik

Mit Wucht trifft der Strukturwandel Regionen, deren industrielle Wertschöpfung in Folge der Transformation an Bedeutung verliert. Nicht nur die Industriebetriebe und ihre Beschäftigten sind betroffen. Ganze Regionen leiden dann unter den Folgeeffekten, vom kleinen Zulieferer über den Einzelhandel bis zur Dienstleistungsbranche. Nur wenn hier frühzeitig gegengesteuert wird, kann ein solcher Wandel erfolgreich bewältigt werden. Dafür braucht es eine aktive regionale Strukturpolitik, die von Bund, Ländern und Europäischer Union finanziell unterstützt werden sollte.

Die Auswirkungen der Transformation spüren auch Regionen, die heute noch zu den wachstumsstärksten in Deutschland gehören. So trifft es zum Beispiel viele klein- und mittelständische Zulieferer der Automobilindustrie, denen vielfach langfristige Perspektiven fehlen. Erfolgreiche Ansätze zur Gestaltung der Transformation müssen regional entwickelt und umgesetzt werden, unter Einbeziehung unterschiedlicher Akteure aus Unternehmen, Verbänden, Kammern, Verwaltung, Wissenschaft und regionaler Politik. Die vorhandenen Förderinstrumentarien von EU, Bund und Bundesländern reichen dabei nicht mehr aus. Ihre inhaltliche Stoßrichtung greift nur zum Teil die Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Transformationsprozess auf.



Bildquelle: iStock.com/gerenme



REGIONALE WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG
WIRKT: SIE SICHERT BESCHÄFTIGUNG UND
REDUZIERT DIE REGIONALE UNGLEICHHEIT.

ERGEBNIS EINER STUDIE DES ZEW MANNHEIM,
MAI 2021

Regionale Strukturpolitik sollte sich nicht nur an strukturschwache Regionen richten, sondern viel mehr als bisher ihren Fokus auf die vorhandenen industriellen Strukturen im Umbruch lenken. Sie sollte die zentralen wirtschaftlichen Akteure einer Region zusammenbringen und regionale Transformationspläne entwickeln. Dazu gehören die Unternehmen der Region, die Kommunen, die Industrie- und Handelskammern, die Arbeitsagentur vor Ort, Weiterbildungsträger, Forschungseinrichtungen und natürlich Gewerkschaften und Betriebsräte. In regionalen Transformationsnetzwerken und -bündnissen sollten Strategien und Konzepte für Regionen entwickelt und die Unternehmen, insbesondere kleine und mittelständische, bei der Orientierung auf zukünftige Produkte, Geschäftsmodelle und Wertschöpfungsketten unterstützt werden. Größere Unternehmen können dabei eine „Leitfunktion“ einnehmen und Zugang zu Forschungseinrichtungen und Förderprogrammen anbahnen.

Die Gründung und Arbeit dieser Transformationsnetzwerke soll weiterhin durch Bund und Länder auch finanziell gefördert werden.

FAIRWANDEL

Wahl 21



Nicht nur Forschung und Entwicklung fördern

Darüber hinaus bedarf es regionaler Transformationsfonds. Hiermit sollte insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) mit geringer Kapitaldecke Beteiligungskapital bereitgestellt werden. So können sie besser in die Lage versetzt werden, in die Entwicklung neuer Produkte und Produktionsprozesse zu investieren.

Gefordert ist eine proaktive regionale Strukturpolitik. Sie ist nicht nur in akut strukturschwachen Regionen erforderlich, sondern überall dort, wo in den Regionen Veränderungen der dort dominierenden industriellen Wertschöpfung sichtbar werden, die massive Auswirkungen auf Beschäftigte haben. Strukturpolitik darf sich dabei nicht auf eine einseitig technikzentrierte Förderung von Forschung und Entwicklung, Spitzenclustern und Grundlagenforschung beschränken.

An technischen und betriebswirtschaftlichen Ideen und Ansatzpunkten mangelt es in der Regel nicht. In der Automobil- und Zulieferindustrie sind etwa Leistungs- und Mikroelektronik, Batteriefertigung, Recycling- und Aufbereitungsmodelle oder vielfältige Mobilitätsdienstleistungen zu nennen. In der Luftfahrtindustrie, in der Bahnindustrie und im Schiffbau geht es ebenfalls um alternative Antriebstechnologien, um den Einsatz von Wasserstoff, Lärminderung oder Leichtbautechnologien.

Und im Maschinen- und Anlagenbau eröffnen sich bei der Kopplung und Verzahnung aller Energie- und Wärmesektoren, bei Speichertechnologien, Stromnetzen oder der Gebäudetechnik potenzielle Zukunftsmärkte.

Regionale Strukturpolitik muss nachhaltig Industriearbeit in den Regionen sichern, Beschäftigten Perspektiven geben und gute Arbeit fördern. Sie muss deshalb stets Instrumente der Arbeitsmarkt- und Qualifizierungspolitik beinhalten. In regionalen Weiterbildungsverbänden können Angebote für die Belegschaften von heute gemacht werden, die sie in die Arbeit von morgen begleiten.

Klar muss auch sein: Ohne die aktive Beteiligung von Beschäftigten und ihren Interessenvertretungen an diesen Prozessen wird die Transformation in der Region nicht gelingen. In KMU fehlen aber immer wieder handlungsfähige Mitbestimmungsstrukturen, insbesondere bei Betriebsratsgremien ohne Freistellungsanspruch. Es bedarf daher einer begleitenden Orientierungsberatung für Betriebsräte, in Form schneller und unbürokratischer Unterstützung durch externe Berater*innen und Sachverständige. Zielstellung der Orientierungsberatung: im Rahmen von bis zu 10 Berater*innen-Tage pro Jahr die Situation und Handlungsoptionen der Betriebsräte analysieren, Beschäftigte aktiv beteiligen, Ansatzpunkte möglicher Handlungskonzepte entwickeln und planen.



Die IG Metall fordert

- ▶ Transformationsfonds für Regionen des Wandels öffentlich zu finanzieren. Dabei können die Erfahrungen mit den Modellregionen, die nun aus dem Zukunftsfonds Automobil gefördert werden, zugrunde gelegt werden.
- ▶ die Gründung regionaler Transformationsnetzwerke und die weitere Unterstützung ihrer Arbeit
- ▶ die neu eingerichteten regionalen Weiterbildungsverbände weiterzuführen und finanziell ausreichend auszustatten
- ▶ die Beratung für Betriebsräte und Möglichkeiten zur Hinzuziehung von externen Sachverständigen weiter auszubauen und zu finanzieren

